

weder die Vernachlässigung Afrikas ('Afrika ist unwichtig') oder aber die Einmischung in afrikanische Angelegenheiten". (XNA, 9.2.93) Diese "beiden Tendenzen" hätten entweder wirtschaftliche Schwierigkeiten oder aber politische Turbulenzen in Afrika hervorgerufen.

Zwar habe sich in den letzten 30 Jahren auf dem Kontinent vieles zum Guten hin entwickelt: entstanden seien beispielsweise viele Schulen und Universitäten, und nicht zuletzt habe sich auch die durchschnittliche Lebenserwartung der Afrikaner merklich erhöht.

Gleichzeitig hätten jedoch auch die Krisen zugenommen: so befand sich 1992 nahezu ein Drittel der über 50 afrikanischen Staaten im Bürgerkrieg oder in bewaffneten gegenseitigen Konflikten. Ein gewaltiger Strom von Flüchtlingen ergebe sich über Afrika selbst und ins Ausland, und überdies hätten sich die Stammeskonflikte vermehrt.

Aus diesem Grunde auch sei die Wachstumsrate der afrikanischen Wirtschaft 1992 auf 1,9% gesunken - die niedrigste Rate seit vielen Jahren. Unter dem Existenzminimum lebten bereits 204 Millionen Afrikaner - etwa ein Drittel der kontinentalen Gesamtbevölkerung. Diese Lage werde noch verschlimmert durch zahlreiche Naturkatastrophen. 1992 seien zahlreiche süd- und ostafrikanische Länder von schwerer Dürre betroffen worden, und außerdem sei der Getreideertrag um 60% zurückgegangen.

Neue Wege seien nach alledem dringend erforderlich. Auf der 28. Konferenz der OAU im Mai 1992 hätten sich führende Persönlichkeiten von 80 Regierungs- und Oppositionsparteien aus 46 afrikanischen Ländern darauf verständigt, die Konflikte beizulegen und dadurch die Stabilität zu festigen.

Afrika müsse sich zwar in erster Linie allein von seinen Problemen befreien, doch hätten andere Länder, vor allem die wohlhabenden nördlichen Staaten, ebenfalls eine Pflicht, ihren Beitrag zu leisten. Erinnerung sei in diesem Zusammenhang an die anhaltend sinkenden Rohstoffpreise und an die nach wie vor bedrückenden Auslandsschulden der meisten afrikanischen Länder.

Darüber hinaus müßten in einer Art Süd-Süd-Zusammenarbeit auch die einzelnen Staaten des Kontinents stärker kooperieren und ihren gegenseitigen Handel ausdehnen.

Schon Mitte Juni 1990 hatte die Ständige Kommission der OAU einen Plan zur Gründung einer afrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft entworfen und außerdem Vorschläge für Wirtschaftsreformen in den einzelnen Ländern ausgearbeitet. Afrika möge auf diesem Wege fortfahren.

Was China anbelangt, so hilft es in bescheidenem Umfang: Es unterstützt einige Länder beispielsweise bei der Verbesserung ihres Eisenbahnwesens (gegenüber Botswana vgl. XNA, 7.2.93), leistet hier und dort Hungerhilfe (so z.B. gegenüber Mozambique im Februar 1993 mit einer Stiftung von Gütern im Werte von 170.000 US\$, XNA, 16.2.93), unterstützt Länder bei der Zusammenarbeit (zur "Dreiecks-Kooperation" zwischen China, Sambia und Tansania vgl. XNA, 10.12.92), gewährt Hilfe an Flüchtlinge (zu einer Pharmaziestiftung in Höhe von 720.000 US\$ vgl. XNA, 1.12.92), sucht zwischen verfeindeten Parteien zu vermitteln (zu den Friedensstiftungsversuchen in Somalia vgl. XNA, 19.3.92) und hat im Laufe der Zeit vor allem zahlreiche Prestigeobjekte wie Konferenzhallen und Sportstadien gebaut. Hierbei ist viel Symbolik im Spiel!

Auf der anderen Seite hat China nicht immer nur seine reine Freude mit Afrika.

Erinnert sei in diesem Zusammenhang an den Zwischenfall von Nanjing am 24. Dezember 1988, als es zwischen chinesischen und afrikanischen Studenten zu schweren Ausschreitungen kam, wobei Anschuldigungen gegen die angebliche Belästigung von Frauen durch Schwarze vorgebracht wurden. Nichts konnte der chinesischen Führung (und Propaganda) peinlicher sein als "Rassismus"-Vorwürfe dieser Art! (Einzelheiten dazu in: BRu 1989, Nr.4, S.4-6)

Daneben gibt es Ärger mit afrikanischen Staaten, die zu Taiwan überschwanken und mit der Republik China diplomatische Beziehungen aufnehmen, so z.B. Zentralafrika und - Ende Juli 1992 - auch Niger.

Ein dunkles Kapitel in den chinesisch-afrikanischen Beziehungen sind chinesische Waffenlieferungen, u.a. beispielsweise in den Sudan. (Dazu Bericht der FAZ, 21.3.92) -we-

Innenpolitik

*(4)

Provinzparlamente von Guizhou und Zhejiang demonstrierten Eigenständigkeit gegenüber der Zentrale

Die Abgeordneten der Volkskongresse in den Provinzen Guizhou und Zhejiang haben auf den konstituierenden Tagungen der beiden neugewählten Provinzparlamente eine bisher nicht gekannte Eigenständigkeit gegenüber der KPCh-Parteizentrale in Beijing demonstriert: Sie wählten mit Chen Shineng (geb. 1938) bzw. Wan Xueyuan (geb. 1940) Politiker zu Gouverneuren, die von der Parteizentrale nicht für diesen Posten nominiert worden waren. Die Beijinger Führung hatte vielmehr eine jeweils zweite Amtszeit von Wang Chaowen (geb. 1930) bzw. Ge Hongsheng (geb. 1931) in Guizhou bzw. Zhejiang vorgesehen und deshalb beide Politiker auch ins neue XIV. Zentralkomitee wählen lassen. (SCMP, 17.2.93; *Ming Bao*, 14.2.93, in SWB, 18.2.93)

Da Chen Shineng und Wan Xueyuan von der KPCh-Führung ursprünglich nicht für ein Gouverneursamt vorgesehen worden waren, gelangten sie auf dem XIV. Parteitag im Oktober 1992 auch nicht in das Zentralkomitee der KPCh, denn normalerweise sind die Provinzen im ZK durch den ProvinzparteiSekretär und den Gouverneur vertreten. Darüber hinaus sind Chen und Wan noch nicht einmal Mitglied im Ständigen Ausschuss des Provinzpartei-Komitees von Guizhou bzw. Zhejiang - bisher eine der unabdingbaren Voraussetzungen, um den Gouverneursposten einnehmen zu können.

Bevor Chen Shineng im Juli 1991 nach Guizhou als stellvertretender Gouverneur versetzt wurde, war er als stellvertretender Minister für Leichtindustrie in Beijing tätig gewesen. Nach der blutigen Niederschlagung der Protestbewegung von 1989 soll Chen wegen

angeblicher Sympathien für die Studenten kritisiert worden sein, und seine Versetzung nach Guizhou kann als eine politische Disziplinierungsmaßnahme interpretiert werden. Obwohl Chen nur einen Tag vor den Gouverneurswahlen im Januar 1993 von lediglich etwas mehr als 10 Abgeordneten des Volkskongresses von Guizhou als Kandidat nominiert worden war, konnte er sich gegen den Kandidaten der Zentrale durchsetzen. Offenbar handelte es sich um eine Protestwahl der Provinzparlamentarier gegen die übliche Bevormundung durch die Zentrale. Die Wahl von Wan Xueyuan zum neuen Gouverneur soll ebenfalls aus Protest gegen die Personalpolitik der Parteizentrale erfolgt sein. Ähnliche Probleme soll es auch in der Provinz Anhui gegeben haben: Dort gelang es der Zentrale jedoch nach längerem Hin und Her, daß ihr Kandidat (Fu Xishou) als Gouverneur bestätigt wurde (SCMP, 17.2.93). Offenkundig sind einige Provinzparlamente nicht mehr bereit, sich ihre Führer von den Zentrale vorschreiben zu lassen. -sch-

*(5)

Weitere Tagungen der neugewählten Provinzvolkskongresse

In den vier Provinzen Guangdong, Hainan, Jiangxi und Sichuan sowie in der provinzfriren Stadt Shanghai traten im Verlauf des Februar 1993 die neugewählten Volkskongresse auf Provinzebene zu ihren konstituierenden Tagungen zusammen. Die Volkskongresse von Anhui und Beijing tagten bis in den Februar hinein (siehe C.a., 1990/1, Ü 27).

Die Abgeordneten der Volkskongresse auf Provinzebene werden nicht direkt gewählt, sondern von den Volkskongressen der Kreise, die zu der jeweiligen Provinz gehören. Hingegen werden die Abgeordneten der Volkskongresse auf Gemeinde- und auf Kreisebene seit 1979/80 direkt gewählt. Die Direktwahlen zu den Volkskongressen auf Gemeinde- und auf Kreisebene hatten von März bis September 1992 stattgefunden. Rund 90% der dabei gewählten Abgeordneten sollen ursprünglich aus den Reihen der Bevölkerung vorgeschlagen worden sein, während "viele" Kandidaten, die von der KPCh und den Massenorganisationen vorgeschlagen worden waren, bei den Wahlen durchfielen (sic!). (XNA, 22.3.93)

Wie üblich wurden auf den konstituierenden Tagungen der Provinzvolkskongresse u.a. die Gouverneure neu gewählt oder im Amt bestätigt. Neue Gouverneure wurden in Hainan (Ruan Chongwu, der gleichzeitig Provinzpartei sekretär ist) und in Sichuan (Xiao Yang) gewählt. In Beijing wurde Li Qiyang neuer Bürgermeister. Li ist der Nachfolger von Chen Xitong, der im Dezember 1992 Li Ximing als Parteisekretär von Beijing abgelöst hatte. Li Qiyang (geb. 1938) und Ruan Chongwu (geb. 1933) sind Mitglieder im XIV. ZK der KPCh, während Xiao Yang (geb. 1929) ZK-Kandidat ist.

Zum amtierenden Gouverneur von Hubei wurde Jia Zhijie (geb. 1935) ernannt. Jia hatte diesen Posten bisher in Gansu inne. Jia löst in Hubei Guo Shuyan (geb. 1935) ab. (Zu den biographischen Daten der neuen Gouverneure siehe Liu Jen-Kai im englischsprachigen Anhang dieses Heftes.) -sch-

*(6)

Personelle Veränderungen im Militär

Als neuer Kommandeur der Bewaffneten Volkspolizei konnte der bisherige Kommandeur des Militärbezirks Shanghai, Ba Zhongtan, erkannt werden (*Jiefang Ribao*, Shanghai, 24.1.93, in SWB, 11.2.93). Ba löst Zhou Yushu ab, der im Dezember 1992 zum stellvertretenden Kommandeur der Militärregion Guangzhou ernannt wurde. Für Zhou, der im Gegensatz zu Ba Zhongtan Mitglied des XIV. ZK ist, kommt die Versetzung nach Guangzhou einer Degradierung gleich. Zhou hatte das Kommando über die Bewaffnete Volkspolizei im Februar 1990 übernommen, d.h. im Rahmen der umfangreichen personellen Veränderungen innerhalb des Militärs im Anschluß an die Niederschlagung der Protestbewegung von 1989. Da diese Veränderungen im wesentlichen dem Aufbau einer Hausmacht von Yang Baibing im Militär gedient zu haben scheinen, könnte die Degradierung von Zhou Yushu im Zusammenhang mit der Entmachtung von Yang Baibing stehen.

Darüber hinaus bekam die Führung der Bewaffneten Volkspolizei mit Zhang Shutian einen neuen Politkommissar.

He Qizong (geb. 1943) wurde als stellvertretender Generalstabschef abgelöst und in die Militärregion Nanjing als stellvertretender Kommandeur versetzt. Auch diese Veränderung kommt eher einer Degradierung gleich.

Als neuer Kommandeur der Ostchina-Flotte der VBA-Marine wurde Liu Wenqing identifiziert, der damit den Platz des im Juli 1992 verstorbenen Nie Kuiju einnimmt.

Nach Angaben der Hongkonger Zeitung *Ming Bao* vom 24. Februar 1993 soll der langjährige Privatsekretär von Deng Xiaoping, Wang Ruilin, zu einem der stellvertretenden Direktoren der Allgemeinen Politischen Abteilung der VBA ernannt worden sein (in SWB, 27.2.93). Wang hat bereits folgende machtpolitisch bedeutsame Positionen inne:

- Direktor des Büros von Deng Xiaoping,
 - Sekretär der Disziplinungskommission der VBA,
 - stellvertretender Direktor des Hauptbüros der ZK-Militärkommission,
 - Politkommissar des ZK-Sicherheitsamts,
 - Sekretär (*mishu*) des Ständigen Ausschusses des Politbüros. (Siehe C.a., 1992/11, Ü 6)
- sch-

*(7)

Politbüro-Mitglied Tan Shaowen verstorben

Tan Shaowen, seit dem XIV. Parteitag (Oktober 1992) Mitglied des Politbüros der KPCh, verstarb am 3. Februar 1993. Tan war Parteisekretär der provinzfriren Stadt Tianjin und damit einer der einflußreichsten Provinzführungskader. (Zu weiteren biographischen Daten siehe Liu Jen-Kai im englischsprachigen Anhang dieses Heftes.) -sch-

*(8)

Mehrere Oppositionelle aus der Haft entlassen

Im Februar 1993 wurde mehreren bekannten Oppositionellen, die z.T. kurz vor Verbüßung ihrer gesamten Haftstrafe standen, eine bedingte Haftentlassung ("released on parole") gewährt. Nach Auskunft des in Guangzhou frei-

gelassenen Wang Xizhe bedeutet dies, daß "Du Deine Strafe zu Hause ab sitzt" (Hongkong Asia Television, 4.2.93, in SWB, 12.2.93).

Freigelassen wurden Gao Shan (Beijing), Wang Xizhe (Guangzhou), Wang Dan (Beijing), Guo Haifeng (Kaifeng) und Li Guiren (Xi'an).

Am 30. Januar 1993 wurde der 39jährige Gao Shan in Beijing freigelassen. Gao war bis zur Protestbewegung 1989 stellvertretender Leiter des ZK-Forschungsbüros für politische Reformen gewesen und zählte zum Beraterkreis des gestürzten ZK-Generalsekretärs Zhao Ziyang. Gao Shan war zu einer vierjährigen Haftstrafe verurteilt worden, die am 17. Juni 1993 abgelaufen wäre. (ZXS, 3.2.93, in SWB, 5.2.93)

Am 3. Februar 1993 wurde Wang Xizhe auf freien Fuß gesetzt, der am 28. Mai 1982 wegen "konterrevolutionärer Aktivitäten" zu einer 14jährigen Haftstrafe verurteilt worden war (ZXS, 3.2.93, in SWB, 5.2.93). Seine Haftzeit wäre erst am 18. April 1995 abgelaufen. Wang war am 19./20. April 1981 verhaftet worden, weil er sich aktiv an der demokratischen Bewegung 1979/80 beteiligt hatte. Der heute 43jährige Wang ist einer der bekanntesten demokratischen Oppositionellen Chinas: Als Mitglied des Autorenkollektivs "Li Yi Zhe" hatte er bereits 1974 die berühmte Wandzeitung "Demokratie und Rechtssystem im Sozialismus" veröffentlicht und war dafür bereits für zwei Jahre ins Zuchthaus/Arbeitslager gekommen (1977-1978).

Der 27jährige Guo Haifeng und der 23jährige Wang Dan, beide frühere Studenten der Beijing-Universität und prominente Studentenfürher in der Protestbewegung vom Frühjahr/Sommer 1989, wurden am 17. Februar 1993 vorzeitig aus der Haft entlassen. Guo war am 4. Juni und Wang am 2. Juli 1989 verhaftet worden. Sie waren zu jeweils vier Jahren Haft verurteilt worden. Guo Haifengs Haftzeit, die er in einem Gefängnis in Kaifeng (Provinz He'nan) verbrachte, wäre am 3. Juni 1993 ausgelaufen. Wang Dan, der in Beijing einsaß, wäre am 1. Juli 1993 freigelassen worden.

Mit der vorzeitigen Entlassung von Guo Haifeng und Wang Dan sollen, offiziellen chinesischen Angaben zufolge, nunmehr all jene Studenten aus

der Haft entlassen worden sein, die während und nach der Protestbewegung verhaftet und zu Gefängnisstrafen verurteilt worden waren. (Xinhua, engl., 17.2.93, in SWB, 18.2.93)

Diesen Angaben wurde von Menschenrechtsaktivisten widersprochen. So soll sich der Studentenfürher Liu Gang, der im Februar 1991 zu einer sechsjährigen Haftstrafe verurteilt worden war, nach wie vor im Gefängnis befinden. Gleiches scheint für Chen Yanbin und Zhang Yafei zu gelten (siehe C.a., 1991/4, Ü 11). Robin Munro von der US-amerikanischen Menschenrechtsgruppe Asia Watch wies außerdem darauf hin, daß nach wie vor viele Arbeiter und Intellektuelle in Haft seien, die wegen ihrer Beteiligung an der Protestbewegung zu erheblich längeren Gefängnisstrafen verurteilt worden waren als die Studenten. (AWSJ, 18.2.93)

Li Guiren, der frühere stellvertretende Chefredakteur des Huayue-Verlags von Shaanxi, wurde am 18. Februar 1993 in Xi'an gegen Kaution entlassen, um sich wegen seiner Herzbeschwerden einer medizinischen Behandlung unterziehen zu können. Der heute 49jährige Li war nach der Protestbewegung am 26. Juni 1989 verhaftet und später zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt worden, weil er zu "regierungsfeindlichen Aktivitäten" aufgerufen haben soll. Lis Haftzeit wäre erst am 25. Juni 1994 abgelaufen (Xinhua, 18.2.93, in SWB, 19.2.93; SZ, 18.2.93)

Freigelassen wurde am 17. Februar 1993 auch der 76jährige katholische Priester Zhu Hongsheng in Shanghai, der zu einer 15jährigen Haftstrafe verurteilt worden war. Ausschlaggebend für die vorzeitige Entlassung von Zhu soll sein schlechter Gesundheitszustand gewesen sein. (Xinhua, engl., 17.2.93, in SWB, 18.2.93) Andere katholische Priester der papsttreuen Untergrundkirche befinden sich hingegen immer noch in Haft.

In der chinesischsprachigen Presse wurde über die Freilassungen nicht berichtet - ein Indiz dafür, daß die Haftentlassungen vor allem eine Geste gegenüber dem Ausland darstellen. Dabei geht es der chinesischen Führung offenbar vorrangig um drei Dinge:

- Erstens will sie unbedingt die US-Meistbegünstigungsklausel für chinesische Exportwaren erhalten wissen.

- Zweitens möchte Chinas Führung unbedingt, daß Beijing den Zuschlag für die Olympischen Spiele im Jahre 2000 erhält, und für Anfang März 1993 hatte sich eine IOC-Delegation in Beijing angemeldet.

- Drittens strebt China seinen Wiederbeitritt zum GATT an.

-sch-

Kultur

*(9)

Reformprogramm für das chinesische Bildungswesen veröffentlicht

Am 27. Februar 1993 veröffentlichte die chinesische Presse den Wortlaut des einen Tag zuvor verkündeten Regierungsprogramms für die Reform des chinesischen Bildungswesens (RMRB, GMRB, 27.2.93), nachdem es vom ZK und Staatsrat gebilligt worden war. Das Dokument trägt den Titel "Grundzüge der Reform und Entwicklung des chinesischen Bildungswesens" (*Zhongguo jiaoyu gaige he fazhan gangyao*). Seit über vier Jahren war es Gegenstand interner Diskussionen über die Bildungsreform, ohne daß jedoch Genaueres bekannt geworden wäre. Erst zu Beginn dieses Jahres wurde in der Presse die Existenz des Dokumentes erwähnt, und die von der Staatlichen Erziehungskommission für dieses Jahr festgelegten Aufgaben orientieren sich bereits an dem Plan (vgl. C.a., 1993/1, Ü 30).

Entstehung und Formulierung des Reformprogramms müssen vor folgendem Hintergrund gesehen werden: Im Mai 1985 faßte das ZK den Beschluß über die Reform des Erziehungssystems. Ihm folgte im April 1986 das Gesetz über die allgemeine Schulpflicht. Damit waren zwei wesentliche Schritte zur Bildungsreform getan. Diese wurde allerdings, wie sich in den folgenden Jahren herausstellte, vielfach von den örtlichen Behörden halbherzig angegangen, und die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel flossen allzuhäufig in Projekte, die schnelleren Gewinn versprachen. Das unzureichende Bildungswesen stellte in der Demokratiebewegung vom Frühjahr 1989 einen wichtigen Anknüpfungspunkt der Studenten dar. Es scheint